

Stellungnahme zum Kreishaushalt 2025 der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Es gilt das gesprochene Wort.



Für die AfD-Fraktion

Chris Hegel

Erster stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Sitzung des Kreistages – Aalen, den 26. November 2024

Sehr geehrter Herr Landrat,
geehrte Kollegen Kreisräte, verehrte Mitbürger und anwesende Gäste,

bei einer defizitären Haushaltsplanung mit einer geplanten Verschuldung von 100 Millionen Euro zum Ende des nächsten Jahres müssen alle Alarmglocken läuten. Viele Bürger schauen, mit Blick auf die Finanzlage in Bund und Land, aber auch auf kommunaler Ebene, sorgenvoll in die Zukunft. Die politischen Verantwortlichen zeigen zunehmend ihre Überforderung. Dies wirft die Frage auf, ob es uns in absehbarer Zeit gelingt, die Stabilität, die unser Volk und unser Land so dringend braucht, zu schaffen. Wagt man einen Blick auf die Verhältnisse in Bund und Land, die mittelfristige Finanzplanung des Landkreises und die allseits öffentlich verkündeten politischen Ziele kann man diese Frage auch für den Ostalbkreis derzeit nur mit „Nein“ beantworten.

Dabei hat der Landkreis sicherlich kein Einnahmenproblem, schließlich rechnet er im kommenden Jahr mit Erträgen, die die Vorjahre noch übertreffen. Allerdings stehen diesen Erträgen gravierend steigende Ausgaben gegenüber. Vor allem die Kosten der millionenfachen Migration, die Inflation und auch die damit verbundenen Personalkostensteigerungen, die Wohlstandsgefährdende Klima- und Energiepolitik und die aufgeblähten und oftmals nicht nachvollziehbaren Leistungen der Sozialgesetzbücher belasten unser Land, belasten den Ostalbkreis, schwer.

Dabei wird allzu oft derjenige vergessen, der die Zeche zahlt: der Steuerzahler. Jene Leute also, die häufig von den Leistungen, welche mit ihrem Geld bezahlt werden, keinen Nutzen haben. Zu Recht fragen sich viele Menschen daher mittlerweile, was die Politik im Gegenzug eigentlich für sie tut. Sie fragen sich auch, ob sich Arbeit hierzulande noch lohnt und stellen bei Berechnung des Bürgergeldsatzes oftmals fest, dass dem offenbar nicht so ist. Und als wäre dies nicht schon dramatisch genug, werden die Steuern und Abgaben immer weiter erhöht, obwohl der Bürger schon aus dem umgangssprachlichen letzten Loch pfeift. Zuletzt konnte man dieses schämliche Schauspiel bei der Erhöhung der Müllgebühren im Ostalbkreis beobachten.

Die zwei Ideologieprojekte Klima und Migration sind dabei mit die größten Kostentreiber. Selbstverständlich sind hier die Entscheidungsträger aus Bund und Land maßgeblich für deren Ausgestaltung und die damit verbundenen Kosten verantwortlich. Aber auch die Landkreisverwaltung trägt ihren unrühmlichen Anteil, weshalb es sich lohnt, beide Themen hier näher zu beleuchten.

Auch der Ostalbkreis hat sich bis 2035 der „klimaneutralen“ Verwaltung verschrieben. Zur Umsetzung dieses unerreichbaren Unsinnprojekts werden auch hier Personal- und Finanzmittel gebunden. Die AfD-Fraktion weiß jedoch, dass sich das Klima wandelt, solange die Erde existiert. Die Klimaschutzpolitik beruht auf hypothetischen Klima-Modellen basierend auf computergestützten Simulationen. Ein nennenswerter Einfluss von Kohlendioxid auf das Klima der Erde ist weder erkennbar noch wissenschaftlich reproduzierbar nachgewiesen. Der Ostalbkreis wird nicht das Weltklima retten. Er sollte daher alle dahingehend gerichtete Bestrebungen einstellen, da diese eine Bedrohung und Gefahr für unsere heimische Wirtschaft darstellen. Wir sehen die Auswüchse dieser wirtschaftsfeindlichen Klima- und Energiepolitik, die unserem Land mit die höchsten Energiepreise weltweit beschert hat, auch bei uns in der Region. Unsere Industrie ist bedroht. Wir haben in diesem Jahr die Insolvenz von Mürdter aus Mutlangen erlebt. Die Varta aus Ellwangen und Kiener aus Lauchheim mussten durch auswärtige Investoren „gerettet“ werden und jüngst hat auch Bosch AS in Schwäbisch Gmünd massiven Stellenabbau verkündet. Dazu kommen viele kleine Unternehmen, Betriebe und Selbstständige, deren Existenz ebenfalls gefährdet ist. Wenn uns hier eine Umkehr nicht gelingt, wird die Liste der insolventen oder abgewanderten Unternehmen und Betriebe jedes Jahr weiter anwachsen. Zurück bleiben dann verlorene Arbeitsplätze und zerschlagene Existenzen. Diese Feststellungen finden unter anderem Ausdruck in unserem Antrag zur Schließung beziehungsweise Reduzierung der Abteilung 01 „Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ im Dezernat 4 auf das gesetzliche Mindestmaß. Sagen wir gemeinsam der Klima-Hysterie den Kampf an und kehren zurück zu Rationalität und Vernunft.

Weiter belastet die millionenfache Migration, die bis heute weiter anhält, den Landkreis schwer. Die Kosten steigen immer weiter an. Hierbei ist es auch nur vordergründig relevant, ob Leistungen teilweise durch Bund oder Land getragen werden. Wie eingangs ausgeführt, handelt es sich hier um Steuergeld, das dann eben an anderer Stelle fehlt. Hierbei macht es für den Bürger keinen Unterschied, ob nun im Haushalt des Bundes, des Landes, des Landkreises oder der Kommune. Immer wieder wird uns von Vertretern der Altparteien vorgehalten, dass man die Zuwanderung aufgrund der Demografie und des Fachkräftemangels benötige. Dabei wissen wir längst, dass die überwiegende Mehrheit der Neuankömmlinge seit 2015 nur geringfügig qualifiziert ist und häufig nicht einmal über einen Grundschulabschluss verfügt. Diese Menschen entlasten das Land nicht, sondern belasten unsere

Kassen und verstärken sogar noch den Bedarf an Fachkräften. Mit der Migration geht zudem unter anderem die Erosion der öffentlichen Sicherheit und eine ernstzunehmende Bedrohung des sozialen Friedens einher. Während ich hier heute spreche, gab es – statistisch gesehen – deutschlandweit 42 Messerangriffe, davon 8 in Baden-Württemberg. Zudem verübten Migranten am heutigen Tag 25 Sexualdelikte, 2 Frauen wurden Opfer einer Gruppenvergewaltigung. Der ein oder andere mag diese Zahlen leichtfertig abtun oder gar als neue Normalität akzeptieren. Doch hinter jeder Zahl steht ein Schicksal. Es sind auch die Schicksale der Menschen hier im Landkreis, wie etwa das des 18-jährigen jungen Mannes, der in diesem Jahr auf dem Stadtfest in Schwäbisch Gmünd von einer Gruppe Migranten, welche zuvor noch gemeinsam die Handhabung mit dem Messer übten, niedergestochen wurde. Er hatte Glück im Unglück, es befanden sich Rettungskräfte in der Nähe, die sein Überleben sichern konnten. Nicht alle teilen dieses Glück, die Liste der Opfer ist lang und wächst von Tag zu Tag weiter an. Für die AfD-Fraktion ist daher klar, dass es hier kein „Weiter so“ geben darf. Wir brauchen die Wende in der Migrationspolitik. Dieser Forderung müssen sich alle politischen Ebenen verpflichten. Der Landkreis darf nicht müde werden, diese Forderung gegenüber den Entscheidungsträgern aus Berlin und Stuttgart zu formulieren. Bis dahin will die AfD-Fraktion bereits jetzt das maximal mögliche auf kommunaler Ebene tun. Unser Antrag sieht vor, alle freiwilligen Leistungen in den Bereichen Asyl, Migration und Integration, welche durch den Landkreis erbracht oder finanziell unterstützt werden, zu identifizieren und ersatzlos zu streichen. Sie können sich überdies sicher sein, dass wir weitere Anträge zu diesen Themenfeldern zeitnah im neuen Jahr einbringen werden.

Für die AfD-Fraktion sind eine Steigerung des Schuldenstandes und unausgeglichene Haushaltspläne nicht tragbar. Insbesondere im Bereich der freiwilligen Leistungen muss daher der dortige Handlungsspielraum genutzt werden. Eine große Einsparmöglichkeit hat die AfD-Fraktion im Bereich der Schulsozialarbeit identifiziert und einen entsprechenden Antrag zu deren Neuevaluierung im Ostalbkreis vorgelegt. Diese ist dringend notwendig, denn die Schulsozialarbeit – welche nun bereits in den Grundschulen eingesetzt wird – ist untaugliche Symptombekämpfung einer linken Politik. Die sozialen Probleme, welche angeblich durch Schulsozialarbeit behoben werden sollen, sind erst durch andere politische Fehlentscheidungen, unter anderem der Massenmigration und der Inklusion, entstanden. Als Problemlöser wird dann der Schulsozialarbeiter präsentiert, welcher aber gar kein Interesse daran hat, die sozialen Probleme wirklich zu benennen oder zu lösen, da er dann seine Daseinsberechtigung verliert. Ob Schulsozialarbeit überhaupt eine

positive Auswirkung hat, ist schwer beweisbar und zumindest umstritten. Dazu kommt, dass die Schulen immer weiter mit Aufgaben, welche nicht in ihre originäre Zuständigkeit fallen, belastet werden. Um es klar zu sagen: Die Schulen sind zur Ausbildung der Kinder und Jugendlichen da, nicht zu deren Erziehung, hierfür gibt es die Eltern. Die Schulsozialarbeit soll daher - folgt man unserem Antrag - an allen Schulen eingestellt werden beziehungsweise nur noch punktuell an absoluten Brennpunkten zum Einsatz kommen.

An dieser Stelle möchte ich im Namen der AfD-Fraktion ausdrücklich die jüngst von Ihnen Herr Landrat und Ihrer Verwaltung vorgenommenen Kürzungen honorieren. Sie haben - ohne es zu wissen - bei ihren jüngsten Anpassungen AfD-Forderungen für sich entdeckt.

So nahmen Sie eine Kürzung der Förderung von Projekten in Entwicklungsländern vor. Wir begrüßen dies ausdrücklich, schließlich ist diese Förderung bei einem Defizit von 18 Millionen Euro in keiner Weise tragbar. Unser weitergehender Antrag sieht daher die vollständige und ersatzlose Streichung der Förderung vor.

Weiter wollen Sie die Zuschüsse an die nicht staatlichen Erziehungsberatungsstellen im Ostalbkreis senken. Die AfD-Fraktion spricht sich klar für die maßvolle und zielorientierte Bereitstellung von Unterstützungsangeboten in schwierigen Lebenslagen aus. Von uns wird kein Deutscher im Stich gelassen. Die vorgenannten Einrichtungen werden allerdings seitens kirchlicher Stiftungen und Vereinigungen betrieben. Die Kirchen erhalten, neben der Kirchensteuer, bereits staatliche Zuwendungen in Höhe von etwa 600 Millionen Euro pro Jahr. Wir sehen daher hier die Kirchen in der Pflicht, die Ausstattung und Gestaltung der Angebote vorzunehmen. Wir haben daher hier ebenfalls die vollständige Streichung der Zuschüsse beantragt.

Auch beim Kreisjugendring haben Sie eine Senkung des Budgets um 20 Tausend Euro vorgeschlagen. Hierfür haben Sie unsere volle Zustimmung, schließlich haben wir selbst die Senkung des Budgets um 150 Tausend Euro als Antrag eingebracht. Solange der Kreisjugendring sich an der politischen Neutralität vergeht und versucht, die Jüngsten der Gesellschaft mit Veranstaltungen wie „Kicken gegen Rechts“ zu indoktrinieren, darf er auch nicht mit üppigen Finanzmitteln ausgestattet werden.

Wir begrüßen außerdem Ihre Haltung zu den Leistungen der Sozialgesetzbücher. Es ist völlig richtig, dass die Entscheidungsträger in

Berlin und Stuttgart hier wieder einmal nicht an die Finanzierbarkeit oder Sozialverträglichkeit gedacht haben. Allein dem Ostalbkreis entstehen durch das Bundesteilhabegesetz Kosten in Höhe von über 100 Millionen Euro. Das ist für die Landkreise nicht tragbar, weshalb die AfD-Fraktion auch Ihre Überlegung, die Rahmenverträge aufzukündigen, für den richtigen Weg hält. Sicher wird die AfD landesweit ein solches Vorhaben unterstützen. Wir mussten hingegen schmunzeln, als wir gelesen haben, dass der Landkreis die Schuldnerberatung einstellen möchte. Wir können uns diesem Vorschlag anschließen, hoffen aber, dass die Landkreisverwaltung selbst bis zur Einstellung des Angebots dieses noch reichlich in Anspruch nimmt.

Wir haben auch Verständnis für die geplanten Einsparungen im Bereich des Straßenbaus, möchten aber gleichzeitig warnen, da diese Einsparungen dem Landkreis langfristig schaden. Auffällig ist hier außerdem, dass sich im Zeitraum von 2023 bis 2029 rund 5000 Straßenkilometer im Bau befinden, geplant oder saniert werden. Dagegen sind im gleichen Zeitraum fast 27 000 Kilometer Radweg im Bau oder in Planung. Die geplanten Gesamtkosten für diese Radwege liegen bei etwa 28 Millionen Euro, für die Baumaßnahmen an Straßen werden nicht einmal 5 Millionen Euro fällig. Wir haben daher beantragt, insbesondere gering frequentierte Radwege und Radwege parallel zu wenig befahrenen Straßen einzusparen.

Die AfD-Fraktion hat sich mit weiteren Anträgen konstruktiv in die Haushaltsdebatte eingebracht. Ich darf kurz auf den Antrag zur Schließung der Kontaktstelle Frau und Beruf, welche bei der in Deutschland herrschenden Gleichberechtigung von Mann und Frau diskriminierend ist oder der Schließung des Europabüros, welches zu fragwürdiger Verbreitung von EU-Propaganda verwendet wird, verweisen. Mit unserem Antrag zur teilweisen Vermietung des zweiten Verwaltungsstandorts auf dem Union-Areal und dem Ausbau der Heimarbeit wollen wir zudem eine zusätzliche Einnahmequelle für den Landkreis schaffen und aus diesem für uns nicht nachvollziehbaren Bauprojekt, welches nun leider nicht mehr gestoppt werden kann, noch das beste Ergebnis für die Bürger des Kreises herauszuholen.

Abschließend ist es meiner Fraktion und mir ein Anliegen auf die Themen Meinungsfreiheit, Transparenz und Volksnähe einzugehen. Immer mehr Menschen berichten uns, dass sie zwei Meinungen haben. Die „echte“ Meinung, welche nur noch im privaten Kreis unter Vertrauten geäußert wird und die Meinung für die Öffentlichkeit. Solche Entwicklungen sind nicht verwunderlich, wenn Vertreter der Altparteien ständig Mauern errichten und

den instrumentalisierten Inlandsgeheimdienst, sowie das Schwert des Parteiverbotsverfahrens gegen die größte demokratische Oppositionspartei des Landes in Stellung bringen. Oder aber wenn ein grüner Möchtegern-Kanzler vom Küchentisch aus die Justiz missbraucht, um gegen hunderte Bürger Strafanzeigen zu erstatten. Immer wieder erleben wir, dass Transparenz und Volksnähe zwei dem politischen Betrieb weitgehend fremde Begriffe sind. Auch im Ostalbkreis hat sich jüngst bei der Klinikdebatte ein entsprechender Mangel gezeigt. Eine Vielzahl an Kreisräten hier im Gremium forderte eine geheime Abstimmung. Man wollte sich schlicht der eigenen Verantwortung entziehen und dem Bürger keine Rechenschaft ablegen. Die Krönung dieses unwürdigen Schauspiels war der Versuch der Landkreisverwaltung, das von der Presse gefertigte Bild vom Abstimmungsergebnis unter dem rechtlich unsinnigen Verweis auf das Hausrecht zu unterdrücken. Für die AfD-Fraktion ist klar, dass die Bürger ein Recht haben zu wissen, wie ihre Vertreter abstimmen. Wer sich in ein öffentliches Gremium wie den Kreistag wählen lässt, um dort den Bürger zu vertreten, der darf sich für seine Entscheidungen nicht verstecken. Wir haben deshalb einen Antrag zur Übertragung von Kreistagssitzungen per Livestream, sowie deren Archivierung in einer Mediathek eingebracht. Ein weiterer Grund für diesen Antrag ist es, allen Bürgern, also insbesondere auch solchen, welche aufgrund von Krankheit, Behinderung, beruflichen oder familiären Verpflichtungen nicht den Sitzungen beiwohnen können, größtmögliche Teilhabe an den demokratischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Da der Sitzungssaal ohnehin aufgerüstet wird, können die technischen Voraussetzungen hierfür mit einem kleinen vierstelligen Betrag geschaffen werden. Wer für Werte wie Transparenz und Volksnähe einsteht, der stimmt unserem Antrag zu. Der einzig nachvollziehbare Kritikpunkt, das Schaffen neuer, wenn auch geringer Kosten, bei der derzeitigen Haushaltslage haben wir selbstverständlich bereits bedacht und einen Antrag zur Gegenfinanzierung eingebracht. Nachdem wir durch die Livestreams die direkte Teilhabe und größtmögliche Öffentlichkeit herstellen, haben wir beantragt, bei den Ausgaben der Landkreisverwaltung im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit eine moderate Reduzierung vorzunehmen.

Ich möchte ein abschließendes Fazit ziehen:

Viele der Fehlentwicklungen sind sicherlich nicht auf der Ebene des Landkreises angestoßen worden. Dennoch legt die Landkreisverwaltung nun einen unausgeglichenen Haushaltsplan vor und plant mit erheblichen Schulden. Dabei sind bereits im jetzigen Haushaltsentwurf Zuwendungen eingeplant, welche nur das Papier befriedigen, letztendlich aber

voraussichtlich nicht ausbezahlt werden. Das tatsächliche Defizit beziehungsweise die tatsächliche Verschuldung wird daher zum Ende des nächsten Jahres noch höher ausfallen, weitere Kosten für unvorhergesehene Posten nicht einberechnet. Zudem rechnet die Landkreisverwaltung mit erheblichen positiven finanziellen Effekten durch die geplanten Maßnahmen im Bereich der Kliniken. Wir teilen diese Einschätzung nicht, sondern befürchten vielmehr, dass am Ende nicht nur die medizinische Versorgung der Bevölkerung im Ostalbkreis leidet, sondern auch das Defizit weiter steigt. Mit Blick auf die Finanzlage in Bund, Land und Landkreis drängt sich ferner die Frage auf, ob das Projekt Regionalversorger am Ende tatsächlich realisiert werden kann. Auch auf die Städte und Gemeinden wirkt sich die Finanzlage, mit Erhöhung der Kreisumlage um 5,15 Prozentpunkte, erheblich aus. Den Städten und Gemeinden wird der eigene Handlungsspielraum weiter eingeschränkt und der Ostalbkreis darf sich mit einer der höchsten Kreisumlagen in Baden-Württemberg „rühmen“. Hier besteht dann auch die Gefahr, dass die Kommunen wiederum ihre, häufig ebenfalls defizitären, Haushalte durch Steuererhöhungen, zum Beispiel bei der Grundsteuer, sanieren und somit am Ende der Bürger gleich doppelt der Gelackmeierte ist. Es braucht jetzt zum einen ein klares, öffentliches Signal in Richtung der Bundes- und Landespolitik: Wir können das alles nicht mehr, wir wollen das alles nicht mehr, genug ist genug. Zum anderen müssen alle freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand. Hierfür braucht es auch einen offenen Umgang mit den Problemen. Viele von Ihnen sehen die Ursachen dieser katastrophalen Finanzlage jeden Tag. Und vielleicht sprechen sie die Probleme auch einmal an, doch dann meist nur hinter verschlossenen Türen und hinter vorgehaltener Hand. Und solange sich hier nichts ändert, solange den Menschen in Deutschland eine links-grüne Politik aufgezwungen wird, solange wird sich auch die Finanzlage im Landkreis und den Kommunen nicht verbessern.

Wir bitten daher um Zustimmung zu unseren Anträgen und wünschen Ihnen und uns einen erfolgreichen Verlauf der Haushaltsplanungen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Übertragung von Kreistagssitzungen (Livestreams) sowie deren Archivierung

Der Kreistag möge beschließen:

1. Videoaufzeichnungen der Kreistagsitzungen werden als Stream übertragen und im Internetangebot (Mediathek) des Landkreises veröffentlicht. Die Aufzeichnungen sollen für zwölf Monate in gespeicherter Form öffentlich zugänglich sein. Die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Erfordernisse soll durch das Landratsamt sichergestellt werden.
2. Das Streaming von Sitzungen des Kreistages sollen in der Geschäftsordnung sowie Satzung verankert werden. Die Verwaltung wird ersucht, einen entsprechenden Vorschlag zur Änderung der Satzung und der Geschäftsordnung des Kreistages vorzubereiten und dem Kreistag in der nächsten Sitzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

26. November 2024

Rupp, Hegel und Fraktion AfD

Begründung

Transparenz und Bürgernähe sind die Grundpfeiler der Kommunalpolitik. Die angestrebte erweiterte Veröffentlichung soll vorrangig mehr Transparenz über die Tätigkeit des Kreistages vermitteln sowie größeres Interesse der Bürger an kommunaler Politik wecken. In vielen anderen deutschen Landkreisen sind diese Übertragungen bereits gelebte Praxis.

Für viele Menschen ist ein Besuch der Kreistagssitzungen aus familiären, beruflichen, gesundheitlichen oder terminlichen Gründen nicht oder nur unter erhöhtem Aufwand möglich. Insbesondere eröffnet die Online-Übertragung Menschen mit Behinderung und mobilitätseingeschränkten Menschen die Chance, an den demokratischen Entscheidungsprozessen in unserem Landkreis teilzuhaben.

Die große Mehrheit der Gesellschaft ist mittlerweile an das Internet angebunden und digitale Prozesse und Abwicklungen werden auch in Zukunft im beruflichen und privaten Bereich mehr Raum einnehmen. Deswegen sollte jede Möglichkeit zur Beteiligung von weiterer Öffentlichkeit erschlossen werden. Eine starke Zunahme der Nutzung von Tablets, Smartphones und weiteren digitalen Endgeräten ist in den vergangenen Jahren zu

beobachten. Die erzielten Fortschritte bei der Übertragungstechnik wirken sich zudem positiv auf die Kosten für solche Übertragungen aus. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass dieses Angebot rege genutzt wird.

In Zeiten, in denen sich die Informationsbeschaffung weg von Printmedien immer öfter ins Internet verlagert und Informationen für eine immer größer werdende Zahl von Menschen rund um die Uhr verlangt werden, kann sich der Kreistag dem nicht mehr gänzlich entziehen.

„Online-Teilhabe“ ist inzwischen gängige Praxis einer modernen Gesellschaft und viele Menschen nutzen diese Wege zur Informationsbeschaffung. Nicht zuletzt ist darauf hinzuweisen, dass der Große Sitzungssaal im Landratsamt ohnehin zu Beginn des Jahres 2025 technisch aufgerüstet werden soll. Die Landkreisverwaltung rechnet lediglich mit einem zusätzlichen vierstelligen Betrag, um die technischen Voraussetzungen für ein solches Vorhaben zu schaffen und Übertragungen problemlos durchzuführen zu können. Von daher sollte auch der Ostalbkreis mit der Zeit gehen und seiner Bürgerschaft digitale Teilnahme an Kreistagssitzungen via Stream ermöglichen.

Der Antrag bezieht sich eindeutig nicht auf die unter Ausschluss der Öffentlichkeit abzuhaltenden Sitzungen (nichtöffentliche Sitzungen), die wie nach den bisherigen Gepflogenheiten eingerichtet und abgehalten werden können.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Austritt aus dem Klima-Bündnis e.V, dem Europa-Union Baden-Württemberg e.V. und dem Verein H2-Wandel e.V. (vormals HY-FIVE e. V.)

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Landkreisverwaltung bzw. der Landkreis tritt zum frühestmöglichen Zeitpunkt aus nachfolgenden Vereinen aus:
 - a. Klima-Bündnis e.V
 - b. Europa-Union Baden-Württemberg e.V.
 - c. Verein H2-Wandel e.V. (vormals HY-FIVE e. V.)

26. November 2024

Rupp, Hegel und Fraktion AfD

Begründung

Der Landkreis befindet sich in einer desolaten Finanzlage. Die Landkreisverwaltung plant mit einem Defizit von ca. 18.000.000 Euro für das Haushaltsjahr 2025, eine mögliche Verschuldung von 100.000.000 Euro bis Ende 2025 droht. Besonders in diesen Zeiten müssen selbst kleine Ausgaben auf ihre Notwendigkeit überprüft und unnötige Posten wegrationalisiert werden.

Mit den Vereinen Klima-Bündnis e.V, Europa-Union Baden-Württemberg e.V. und Verein H2-Wandel e.V. (vormals HY-FIVE e. V.) finden sich drei Kostenpunkte, welche in Jahren der Krise nicht weiter finanziert werden können. Wir retten im Ostalbkreis nicht das Klima. Es benötigt auch nicht noch mehr pro-EU-Stimmungsmache, wenn die Bürokratie und Vorgaben aus Brüssel für derart viel Last und Kosten verantwortlich sind. Und wahrlich wird uns Wasserstoff die Wirtschaft nicht retten, eine großtechnische Herstellung daraus ist bisher gar nicht möglich.

Die AfD-Fraktion begrüßt daher einen Austritt aus all den o.g. ideologischen Vereinen (a-c), über deren Verlassen jeweils separat abgestimmt werden soll.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Zuweisungen an das Welcome-Center für Fachkräfte ersatzlos streichen

Der Kreistag möge beschließen:

1. Die Zuweisungen in 2025 an das Welcome-Center für Fachkräfte in Höhe von 30.000 Euro werden ersatzlos gestrichen.

26. November 2024

Rupp, Hegel und Fraktion AfD

Begründung

Ein rohstoffarmes Land wie Deutschland braucht kluge Köpfe und geschickte Hände. Besonders im Bereich der Schlüsseltechnologien gibt es einen erheblichen Bedarf an hoch qualifizierten Fachkräften.

Doch Deutschland stellt sich durch eine verheerende Politik höherer Ebenen zunehmend als unattraktives Land für wirkliche Fachkräfte dar. In der Realität erleben wir eine Abwanderung an qualifizierten Fachkräften und einen Zuzug unqualifizierter Menschen. Institutionen wie das Welcome-Center für Fachkräfte erzielen kaum bis keine nachweisbaren Erfolge. Nur allzu häufig liest und hört man von Negativbeispielen wie etwa der arbeitsunwilligen Afghanenfamilie in Schwäbisch Gmünd, welche im RTL-Extra Beitrag vom 24. Oktober 2023 über das ‚Welcome Center‘ in Schwäbisch Gmünd traurigerweise nur allzu eindrücklich darlegte, was für eine Art von „Fachkräften“ derartige Einrichtungen betreuen und vermitteln.

Insbesondere die millionenfache Migration von unqualifizierten Menschen nach Deutschland führt zu einem stark erhöhten Bedarf an Fachkräften, neben weiteren negativen Folgen wie etwa horrenden Sozialausgaben und einer massiven Kriminalitätsbelastung. Um die Wirtschaft zu stärken, bedarf es einer aktiven Fachkräftegewinnung im Inland und von tatsächlich qualifizierten ausländischen Fachkräften. Dies beinhaltet u.a. auch die Vermittlung und unterstützende Maßnahmen für Unternehmen. Derartige Vorhaben sollten jedoch nicht von einem Landkreis durchgeführt und finanziert werden, sondern hier wären Landes- und Bundesregierung in der Pflicht.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Schließung der Kontaktstelle Frau und Beruf

Der Kreistag möge beschließen:

1. Die Kontaktstelle Frau und Beruf ist unverzüglich zu schließen und alle damit verbundenen Ausgaben sind einzustellen.

26. November 2024

Rupp, Hegel und Fraktion AfD

Begründung

Frauen und Männer sind in Deutschland gleichberechtigt. Auch vor diesem Hintergrund ist eine Sonderberatungsstelle für Frauen nicht mehr zeitgemäß und diskriminierend. Darüber hinaus bestehen auf Bundes- und Landesebene bereits eine Vielzahl an Beratungs- und Unterstützungsangeboten. Ein zusätzliches Angebot des Landkreises ist auch insbesondere aufgrund der derzeitigen Haushaltslage nicht länger tragbar.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Schließung des Europabüros

Der Kreistag möge beschließen:

1. Das Europabüro ist unverzüglich zu schließen und alle damit verbundenen Ausgaben sind einzustellen.

26. November 2024

Rupp, Lachnit und Fraktion AfD

Begründung

Die EU und die sie tragenden Eliten haben sich von der Ursprungsidee der Gründerväter einer europäischen Gemeinschaft schon vor vielen Jahren verabschiedet. Sie höhnen die Souveränität der Nationalstaaten kontinuierlich aus und streben einen EU-Superstaat an. Ein solches Gebilde verfügt weder über ein Staatsvolk noch über das erforderliche Mindestmaß an kultureller Identität, welche notwendige Voraussetzungen für gelingende, demokratisch verfasste Staaten sind.

Das vollständige Versagen der EU in allen Bereichen, die Europa existenziell betreffen, zeigt sich exemplarisch in der fahrlässig herbeigeführten Migrationskrise. Obwohl der Schutz der europäischen Außengrenzen zu den wesentlichen Aufgaben der EU gehört, steht sie der illegalen, durch kriminelle Schlepperbanden organisierten Masseneinwanderung tatenlos gegenüber. Grenzen müssen wieder als das verstanden werden, was sie sind: als Schutz vor Angriff und Vereinnahmung, als Unterscheidung von Eigenem und Fremdem, als Voraussetzung für souveräne Staatlichkeit.

Der Bürger im Ostalbkreis braucht dementsprechend auch keine vom Kreis finanzierte staatliche Stelle bzw. ein Europabüro, welches betreutes Denken und ständige Erinnerungen daran anbietet, dass wir die EU als ausgezeichnet, unausweichlich und alternativlos zu akzeptieren haben. Bei der vorliegenden Haushaltslage darf kein Geld für kritiklose pro-EU Propaganda verschwendet werden.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Kosten im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit reduzieren

Der Kreistag möge beschließen:

1. Die Kosten im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sind für das Jahr 2025 um 1/5 zu senken. Die Verwaltung wird ersucht, entsprechende Schritte einzuleiten und somit diese Einsparungen sicherzustellen.

26. November 2024

Rupp, Hegel und Fraktion AfD

Begründung

Aufgrund der aktuellen Haushaltslage lassen sich Einsparungen u.a. im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nicht vermeiden. Eine Kostenminimierung um 20 Prozent dürfte ohne Beeinträchtigung der Qualität möglich sein. Zudem stellt die AfD-Fraktion mit ihrem Antrag „Übertragung von Kreistagssitzungen (Livestreams) sowie deren Archivierung“ (Nr. 1/19) eine deutlich effektivere und kosteneffizientere Methode der Öffentlichkeitsarbeit vor, bei der u.a. der Transparenz von Politik und der Bürgernähe Sorge getragen wird.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Zweiten Verwaltungsstandort auf dem Union-Areal in Aalen nach Fertigstellung größtenteils vermieten und Heimarbeit ausbauen

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der zweite Verwaltungsstandort auf dem Union-Areal in Aalen wird nach seiner Fertigstellung zu 80 bis 90 Prozent an Auswärtige vermietet. Die Landkreisverwaltung soll alle hierfür notwendigen Schritte in die Wege leiten, um eine Vermietung ab Fertigstellung zu gewährleisten und größtmögliche Mieteinnahmen erzielen zu können.
2. Die Nutzung von Home-Office bei den Beschäftigten der Landkreisverwaltung wird – sofern keine tatsächlichen oder rechtlichen Gründe dagegensprechen – ausgebaut. Den Beschäftigten der Landkreisverwaltung, welche ihre Tätigkeit (zumindest anteilig) im Home-Office erbringen können, wird eine entsprechende Weisung zur (teilweisen) Heimarbeit erteilt.
3. Die Landkreisverwaltung legt dem Kreistag jährlich einen detaillierten Bericht zur Heimarbeit bei den Beschäftigten des Landkreises vor. Dieser Bericht soll noch vor Einbringung des Haushaltsplans erfolgen.

26. November 2024

Rupp, Hegel und Fraktion AfD

Begründung

Trotz landesweiter Wirtschafts-Misere und defizitärem Haushaltsplan entstehen derzeit für –aktuell anvisierte– 106 Mio. Euro auf dem Areal der ehemaligen Union-Werke bis Mitte 2027 zwei miteinander verbundene Verwaltungsgebäude mit 473 Büroarbeitsplätzen sowie einer Park- und Mobilitätsstation. Die AfD-Fraktion sieht in diesem Vorhaben, insbesondere aufgrund der derzeitigen Wirtschaftslage, eine gigantische Fehlinvestition. Mit diesem Antrag sollen die negativen finanziellen Folgen für den Landkreis und die Bürger, welche den Bau mittels ihrer Steuergelder finanzieren, abgemildert werden bzw. Einnahmen generiert werden.

Insbesondere aufgrund der derzeitigen Haushaltslage geht damit die Forderung einher, die Mietausgaben der Landkreisverwaltung durch Nutzung der Heimarbeit zu senken. Durch zunehmende Digitalisierung erweitern sich die technischen Möglichkeiten für das Arbeiten von zu Hause aus stetig. Die ständige und ortsunabhängige Verfügbarkeit von Informationen

und Arbeitsinhalten macht das Arbeiten räumlich und zeitlich flexibel. Das Arbeiten in Heimarbeit darf daher im Ostalbkreis nicht länger als reine Zusatzleistung des Arbeitsgebers verstanden werden, sondern muss – sofern keine tatsächlichen oder rechtlichen Gründe dagegenstehen – weiter ausgebaut werden.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Schulsozialarbeit im Ostalbkreis neu evaluieren und an die tatsächliche Notwendigkeit anpassen

Der Kreistag möge beschließen:

1. Die Schulsozialarbeit ist kein Mittel, um jegliche sozialen Missstände zu beheben. Stattdessen wird sie als punktuell wirksame Unterstützung für unserer Bildungsinstitutionen verstanden und eingesetzt. Leistungen der Schulsozialarbeit im Ostalbkreis werden anhand des Bedarfs, d.h. der tatsächlich vorhandenen Probleme angeboten.
2. Die Verwaltung wird ersucht, zu prüfen, welche Schulen im Ostalbkreis der Schulsozialarbeit bedürfen bzw. an welchen Schulen diese eingestellt und somit Gelder eingespart werden können. Die Ergebnisse müssen anhand einer qualitativen Prüfung mittels messbarer Indikatoren, wie z.B. der Schulabbrecherquote oder dem Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund, ermittelt worden sein und dem Kreistag vorgelegt werden.

26. November 2024

Rupp, Hegel und Fraktion AfD

Begründung

Die AfD-Fraktion versteht die Sozialarbeit nicht als „Wundermittel“, um jegliche sozialen Missstände zu beheben. Stattdessen soll sie allerhöchstens als Unterstützung für soziale Brennpunkte eingesetzt werden.

Insbesondere das Argument der immer heterogener werdenden Klassenzusammensetzung und den damit entstehenden Problemen, welche die Schulsozialarbeit notwendig machen sollen, stellt sich in der Realität als reine Symptombekämpfung dar. Besonders die Masseneinwanderung und der damit verbundene praktizierte Unterricht mit Schülern auf unterschiedlichen Niveaustufen und unterschiedlichen kulturellen Prägungen erzeugt erhebliche soziale Probleme, welche die Schulsozialarbeit möglicherweise kaschieren, jedoch nicht beheben kann.

Mit ideologisch linker Politik wurde ein sich selbst nährendes System geschaffen, welches u.a. in der Schulsozialarbeit seinen Ausdruck findet. Schulsozialarbeiter, welche sich aus dem links-liberalen Milieu rekrutieren, das die falsche Politik macht, welche dann zu den Problemen an den Schulen führen und den Ruf nach Schulsozialarbeit untermauern. Der

fehlende Wille diese sozialen Probleme zu lösen liegt auf der Hand, da der eigene Berufsverlust die direkte Folge wäre.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Zuschüsse an nichtstaatliche Erziehungsberatungsstellen im Ostalbkreis einstellen

Der Kreistag möge beschließen:

1. Die im Haushaltsplan 2025 ausgewiesenen Haushaltsposten bzw. Zuschüsse in Höhe von 863.007 Euro (bzw. 819.852 Euro, Korrektur Haushaltsplan) an die drei Erziehungsberatungsstellen im Ostalbkreis, namentlich Ökumenische Beratungsstelle Aalen, Marienpflege Ellwangen und St.Canisius gGmbH Schwäbisch Gmünd, werden ersatzlos gestrichen.

26. November 2024

Rupp, Lachnit und Fraktion AfD

Begründung

Die AfD-Fraktion spricht sich klar für die Bereitstellung von staatlichen Unterstützungsangeboten in den unterschiedlichsten (schwierigen) Lebenslagen aus und verfolgt den Grundsatz, dass kein Deutscher von uns im Stich gelassen werden soll.

Bei den o.g. Einrichtungen handelt es sich jedoch um kirchliche Beratungsstellen. Die evangelische und katholische Kirche in Deutschland erhalten bereits ohne Einbezug der Kirchensteuer jährlich einen hohen dreistelligen Millionenbetrag (2022 betragen die Staatsleistungen knapp 600 Millionen Euro). Hier ist die Kirche in der Pflicht ihre Beratungsstellen mit ausreichend Finanzmitteln auszustatten und nicht der Landkreis.

Zudem stellen der Landkreis sowie die Städte und Kommunen in seinem Einzugsgebiet bereits eine Vielzahl an psychologischen, pädagogischen und die Entwicklung sowie Identitätsfindung unterstützenden Beratungsangebote zur Verfügung.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Kreispartnerschaften zeitweilig aussetzen

Der Kreistag möge beschließen:

1. Die Kreispartnerschaften des Ostalbkreises mit der Provinz Ravenna in Italien sowie dem Kreis Satu Mare in Rumänien werden solange ausgesetzt bis der Landkreis keinen defizitären Haushalt mehr aufweist.

26. November 2024

Rupp, Hegel und Fraktion AfD

Begründung

Insbesondere Städtepartnerschaften haben eine lange Tradition und können dem kulturellen sowie wirtschaftlichen Austausch dienen. In Laufe der Zeit schlossen zu den Städten auch immer häufiger Landkreise entsprechende Kreispartnerschaften mit ganzen Regionen speziell in Europa ab. Die AfD-Fraktion spricht sich grundsätzlich für Kreispartnerschaften aus, sieht in deren Aussetzung indes eine Maßnahme zur Kostensenkung.

Solange der Landkreis mit einem Defizit von 18.000.000 Euro im Jahr 2025 und mit einer möglichen Verschuldung zum 31.12.2025 von 100.000.000 Euro plant, müssen freiwillige Ausgaben – wie die einer Kreispartnerschaft – auf den Prüfstand gestellt werden. Eine derartige Einsparung wünscht niemand, sie ist jedoch notwendiges Mittel um das Haushaltsdefizit zu mindern. Besonders in der finanziellen Schieflage müssen auch an derartigen Projekten Einsparungen vorgenommen werden. Sobald der Landkreis wieder schwarze Zahlen schreiben sollte, können auch die Kreispartnerschaften wieder fortgeführt und gelebt werden.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Dezernat IV: Abteilung IV/01 „Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ auf das gesetzliche Mindestmaß abrüsten

Der Kreistag möge beschließen:

1. Die Abteilung IV/01 „Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ innerhalb des Dezernat IV „Umwelt und Energie“ wird soweit möglich geschlossen zum Allermindesten auf das gesetzliche Mindestmaß reduziert. Die Verwaltung wird ersucht, einen entsprechenden Plan zur schnellstmöglichen Abrüstung der Abteilung IV/01 „Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ vorzubereiten und diesen auszuführen.

26. November 2024

Rupp, Hegel und Fraktion AfD

Begründung

Ein nennenswerter Einfluss von CO₂ auf das Klima der Erde ist weder erkennbar noch wissenschaftlich reproduzierbar nachgewiesen. Der „UN-Weltklimarat“ IPCC konstatierte in seinem dritten Bericht von 2001: „In Sachen Klimaforschung und -modellierung sollten wir anerkennen, dass es sich dabei um ein gekoppeltes, nichtlineares, chaotisches System handelt. Deshalb sind längerfristige Vorhersagen über die Klimaentwicklung nicht möglich.“ Diese Aussage bleibt nach Einschätzung vieler Experten weiterhin gültig.

Statt in den aus wissenschaftlichen Gründen zum Scheitern verurteilten „Schutz des Klimas“ Hunderte Milliarden Euro zu investieren, fordert die AfD bereits seit Jahren hier mit mehr Nachsicht und Verstand vorzugehen und diese Mittel sinnvoller einzusetzen. In der Realität werden die Finanzmittel zur „Klimarettung“ u.a. missbräuchlich für die Befriedigung von Lobbyinteressen vor allem der Wind- und Solarindustrie fehlgeleitet.

Wir retten im Ostalbkreis nicht das Klima. Klimaschutz ist ein politischer Kampfbegriff, das Klima lässt sich nicht schützen. Dementsprechend darf hart erarbeitetes Steuergeld nicht sinnfrei verschwendet werden. Jegliche „Klimaschutzmaßnahmen“ seitens der Landkreisverwaltung sind einzustellen, beginnend mit der Abrüstung der Abteilung IV/01 „Klimaschutz und Nachhaltigkeit“.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Zuschuss an den Kreisjugendring Ostalb e.V. senken

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der im Haushaltsplan angesetzte Zuschuss in Höhe von 200.000 Euro für 2025 (bzw. 180.000 Euro, Korrektur Haushaltsplan) an den Kreisjugendring Ostalb e.V. wird auf 50.000 Euro gesenkt.

26. November 2024

Rupp, Lachnit und Fraktion AfD

Begründung

Jugendarbeit und damit auch der Kreisjugendring ist im Grunde eine gute Sache. Die Verantwortlichen des Kreisjugendrings treten bedauerlicherweise nicht politisch neutral auf, sondern folgen einer klar linksorientierten Ideologie.

Diese Ideologie wirkt sich auch auf deren Veranstaltungen und Projekte aus und führt zur Beeinflussung und Indoktrination von Kindern und Jugendlichen. Es ist nicht die Aufgabe von Jugendarbeit Kinder zu instrumentalisieren, um politische Botschaften zu senden. Eine politische Agitation ist mit Jugendarbeit nicht vereinbar. Die Jüngsten in unserer Gesellschaft für politische Spielchen zu missbrauchen ist an Abscheulichkeit nicht zu überbieten und muss eine Senkung der Zuschüsse, welche durch den Landkreis ausbezahlt werden, zur Folge haben.

Insofern festgestellt werden kann, dass eine politische Neutralität des Kreisjugendrings und deren Verantwortlichen wieder gegeben ist, z.B. aufgrund der bereitgestellten Angebote, kann auch über eine Erhöhung hin zum ursprünglichen Betrag diskutiert und beraten werden.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Förderung von Projekten in Entwicklungsländern einstellen

Der Kreistag möge beschließen:

1. Die Förderung von Projekten in Entwicklungsländern mit einem Haushaltsansatz für 2025 von 100.000 Euro (bzw. 10.000 Euro, Korrektur Haushaltsplan) ist ersatzlos zu streichen.

26. November 2024

Rupp, Lachnit und Fraktion AfD

Begründung

Wer selbst kein Geld hat und mit einem Defizit von ca. 18.000.000 Euro bzw. einer möglichen Verschuldung zum 31.12.2025 von 100.000.000 Euro plant, kann und sollte das Geld der Bürger nicht in der Welt verteilen. Die Landkreisverwaltung würde mit dieser Förderung ein fatales Signal an den Bürger senden und zurecht Unverständnis sowie Kritik ernten.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

WLAN in den Unterkünften der vorläufigen Unterbringung (Asylbewerberunterkünften) des Landkreises einstellen

Der Landrat möge berichten:

1. In welchen Unterkünften der vorläufigen Unterbringung des Landkreises (freies) WLAN zur Verfügung gestellt wird, welche Kosten dem Landkreis hierfür entstanden sind und u.a. durch Service- und Wartungsleistungen weiter entstehen.
2. Ob Haushaltsansätze für den (weiteren) Ausbau des Netzes geplant sind und welche Ausbaumaßnahmen bisher durchgeführt wurden.

Der Kreistag möge beschließen:

3. Die bisher gewährten Leistungen eines (freien) WLANs für Asylbewerber in den Unterkünften der vorläufigen Unterbringung werden eingestellt und hierfür geplante Investitionen bzw. mögliche Haushaltsansätze ersatzlos gestrichen.

26. November 2024

Rupp, Hegel und Fraktion AfD

Begründung

Das AsylbLG rechnet Leistungen der Telekommunikation zum Existenzminimum hinzu. Dementsprechend ist hierfür ein Bedarf nach EVS Abteilung 8 „Post und Telekommunikation“ hinterlegt, welchen der Asylbewerber für seinen Kommunikationsbedarf ausgeben kann und soll. Ergänzt wird dieser Bedarf durch Abteilung 9 „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“, unter welche z.B. Datenverarbeitungsgeräte sowie Apps und somit auch Telefonkarten fallen, mit denen eine Internetnutzung möglich wird. Der existenzsichernde Bedarf für Kommunikation ist somit durch die Leistungen nach AsylbLG vollständig abgedeckt. Ein Anspruch auf WLAN existiert nicht.

Bei der Bereitstellung von WLAN in den Unterkünften der vorläufigen Unterbringung wird somit eine freiwillige Leistung seitens des Landkreises erbracht. Diese Leistung gilt es einzustellen, da sich der Landkreis derartige freiwillige Ausgaben, insbesondere in Krisenzeiten, nicht leisten kann und sollte. Zudem ist es dem Bürger nicht zu vermitteln, weshalb Asylbewerber kostenfreies WLAN zur Verfügung gestellt bekommen, während sich viele Menschen aufgrund von Inflation und Teuerung die Konsumgüter des täglichen Bedarfs kaum noch leisten können.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Ausgaben für Radwege nach wirklicher Dringlichkeit und Frequentierung sortiert drastisch reduzieren

Der Kreistag möge beschließen:

1. Die Landkreisverwaltung ist angehalten die Ausgaben für Radwege nach wirklicher Dringlichkeit und Frequentierung sortiert drastisch zu reduzieren. Vor allem gering frequentierte Radwege und Radwege parallel zu wenig befahrenen Straßen sind einsparbar. Extrem teure Radwege sind kritisch zu überdenken.

26. November 2024

Rupp, Dr. Gläser und Fraktion AfD

Begründung

Grundsätzlich begrüßen wir Rad- und Fußgängerwege, sehen jedoch eine massive Überbetonung der geplanten Radwegbauten. In der Zeit von vor 2023 und bis 2029 sind rund 5000 Straßenkilometer im Bau, geplant oder zu sanieren, aber fast 27 000 km Radwege neu zu bauen geplant oder in Arbeit. Die geplanten Gesamtkosten für diese Radwege liegen bei 28 Millionen Euro, für die Straßenbauten bei unter 5 Millionen Euro. Den Löwenanteil zahlen jeweils Bund und Land, aber das sind auch nur Gelder der noch rund 15 Millionen Nettosteuerzahler.

Der Kreis will allein 2025 nur für Radwege knapp 600.000 Euro ausgeben. Es sind 9 Überlandradwege mit Kilometerkosten von mehr als 1 Million Euro geplant bzw. im Bau und die 2,7 Kilometer Radweg von Härtsfeldhausen nach Ringlesmühle sollen 6 Millionen Euro kosten. Wir halten das besonders auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen Situation Deutschlands für nicht vertretbar.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Volksentscheid: Biobeuteltonne neu evaluieren

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Einsatz der Biobeuteltonne im Ostalbkreis wird neu evaluiert und ein für die Verwaltung verpflichtendes Votum der Kreisbewohner über deren Verwendung eingeholt. Die Verwaltung wird ersucht, schnellstmöglich ein entsprechendes Vorgehen auszuarbeiten.

26. November 2024

Rupp, Hegel und Fraktion AfD

Begründung

Nun sammelt sich am Boden der braunen Tonnen die Suppe und der Bürger hat den Salat. Die Rede ist von der Biobeuteltonne, welche der Kreistag entgegen dem Willen der Kreisbevölkerung im Oktober 2024 eingeführt hatte. Ob in der Presse, den sozialen Medien oder im persönlichen Gespräch, es lassen sich kaum bis keine Fürsprecher für dieses Projekt finden. Stattdessen trifft man auf Frust, Wut und Verärgerung. Obendrauf erhöhten sich die Abfallgebühren, welche alleine durch die Biobeuteltonne und die damit verbundene Kostenpauschale um 8,10 Euro jährlich steigen.

Die AfD-Fraktion lehnte die Biobeuteltonne von Anfang an ab und sprach sich als einzige Fraktion im Kreistag gegen die erneute Erhöhung der Abfallgebühren aus. Nachdem für 2023 die Jahresgebühren um etwa 10 Prozent erhöht wurden, folgte 2024 dann eine weitere Erhöhung um über 17 Prozent. Indessen wurde auch im dritten Jahr in Folge die Gebühr erhöht, dieses Mal wieder um fast 10 Prozent.

Um es mit den Worten des chinesischen Philosophen Konfuzius zu sagen: „Wer einen Fehler gemacht hat und nicht korrigiert, begeht einen zweiten.“. Jeder Kreisrat ist und bleibt insbesondere seinem Gewissen verpflichtet und hat von seinen Wählern den Auftrag bekommen, sich für deren Interessen einzusetzen. Der Kreistag ist angehalten den Wünschen der Bevölkerung nachzukommen und damit den Fehler der Biobeuteltonne zu korrigieren.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Umstrukturierung der Krankenhauslandschaft: Entscheidung der Verlagerung und Konzentration der Onkochirurgie revidieren, Gynäkologie in Aalen zertifizieren

Der Kreistag möge beschließen:

1. Die Verlagerung und Konzentration der Onkochirurgie (Chirurgie bösartiger Erkrankungen) nach bzw. in Mutlangen ist zu revidieren und nicht weiter zu verfolgen.
2. Eine Zertifizierung der Gynäkologie in Aalen mit dem Ziel der 5. Entität und anschließend die Verlagerung der Tumor Chirurgie samt Urologie nach Aalen wird angestrebt. Ein Zentrum für minimalinvasive Chirurgie in Aalen soll geschaffen werden.

26. November 2024

Rupp, Dr. Gläser und Fraktion AfD

Begründung

Diese Verlagerung und Konzentration der Onkochirurgie nach bzw. in Mutlangen kostet durch die Fahrten von Ellwangen und Aalen nach Mutlangen und die damit unvermeidbaren Leerzeiten ein besonders wertvolles Gut, nämlich ärztliche Arbeitskraft und dazu durch die Abwanderung potenziell betroffener Patienten über Einnahmeausfälle richtig Geld in der Größenordnung von mehreren 100.000 Euro pro Jahr.

Wegen der Verlagerung verliert Aalen seine weitreichenden Zertifizierungen und wegen der Abwanderung wird sich die Zertifizierung für Enddarmtumore auch in Mutlangen nicht halten lassen.

In Summe: wir gewinnen nichts, aber verlieren Arbeitspotential, Geld und Abrechnungsberechtigungen.

Die Urologie wegen der Tumorzentralisierung nach Mutlangen statt nach Aalen zu verlegen, ist abwegig, bedeutet einen massiven Personalverlust und gefährdet den Erhalt dieses Fachgebiets im Ostalbkreis.

Als weiterer Vorteil wird mit dem Standort Aalen keine wesentliche örtliche Neuorientierung beim endgültigen Umzug nach Essingen sichergestellt.

Antrag

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Freiwillige Leistungen des Landkreises in den Bereichen Asyl, Migration und Integration ersatzlos streichen

Der Landrat möge berichten:

1. Welche freiwilligen Leistungen und Maßnahmen in den Bereichen bzw. im direkten Zusammenhang mit Asyl, Migration und Integration seitens des Landkreises erbracht oder finanziell unterstützt werden. Die jeweiligen Leistungen und Maßnahmen sind möglichst detailliert und zusammen mit den jeweiligen Kosten aufzuführen.

Der Kreistag möge beschließen:

2. Alle freiwilligen Leistungen des Landkreises in den Bereichen bzw. im direkten Zusammenhang mit Asyl, Migration und Integration werden unverzüglich ersatzlos gestrichen.

26. November 2024

Rupp, Hegel und Fraktion AfD

Begründung

Die millionenfache Migration der vergangenen Jahre hat unserem Land irreparable Schäden zugefügt und kostet darüber hinaus den Steuerzahler jedes Jahr eine Milliardensumme. Jedwede freiwillige Leistung des Landkreises in den Bereichen bzw. im Zusammenhang mit Asyl, Migration und Integration sind nicht vermittelbar und daher unverzüglich ersatzlos zu streichen. Zudem dürfen seitens des Landkreises durch freiwillige Zusatzleistungen auch keine "Pull"-Faktoren begünstigt werden, welche die dringend notwendige Umkehr der Massenzuwanderung erschweren.

Anfrage

der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Fragen zur Eingliederungshilfe, Nutzung von Tablets an Schulen und dem Haushaltsplan 2025

Wir fragen den Landrat:

1. Themenbereich Eingliederungshilfe / Bundesteilhabegesetz
 - a. Wie viele Menschen im Ostalbkreis fallen nach dem SGB IX unter den Behindertenbegriff? Wie viele Menschen mit Behinderung nehmen im Ostalbkreis Leistungen nach dem SGB IX, seit Inkrafttreten der Neufassung am 1. Januar 2018, in Anspruch (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
 - b. Welche Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX wurden durch Menschen mit Behinderung im Ostalbkreis in den Jahren 2023 und 2024 (Januar bis Oktober) in Anspruch genommen, unter Angabe der hierbei entstandenen Kosten (bitte eine vollständige Auflistung und nach Jahren aufschlüsseln)?
 - c. Wie stellt die Landkreisverwaltung bei einem offenen Leistungskatalog der Eingliederungshilfe sicher, dass einzig gesetzlich verpflichtende Leistungen bewilligt und bezahlt werden?
 - d. Welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Landkreisverwaltung, um sich den Zwängen der Eingliederungshilfe, welche den Kreishaushalt mit einem Defizit von über 100 Millionen Euro belastet, zu entziehen und die Ausgaben in diesem Bereich zu senken (bitte konkrete Maßnahmen und konkrete (zukünftige) Initiativen angeben)?
2. Themenbereich EDV-Geräte / Nutzung von Tablets an Schulen
 - a. An welchen Schulen im Ostalbkreis werden Tablets durch den Landkreis für die Nutzung im Unterricht zur Verfügung gestellt und genutzt? Um wie viele Geräte handelt es sich (bitte nach Schulen aufschlüsseln)?
 - b. In welchen Altersgruppen (Klassenstufen) werden die durch den Landkreis zur Verfügung gestellten Tablets genutzt (bitte nach Klassenstufen aufschlüsseln)?

- c. Wie oft (Dauer) werden die durch den Landkreis zur Verfügung gestellten Tabletts genutzt? Findet eine Nutzung nur innerhalb des Unterrichts statt oder auch im Zuge der Nacharbeit zuhause?
- d. Welche Tabletts (Marke, Modell) befinden sich an den Schulen im Ostalbkreis im Einsatz? Werden die Tabletts mit Zusatzausrüstung (z.B. einem Tablett Stift) angeschafft bzw. ausgegeben? Welche Kosten entstehen dem Landkreis je Gerät (bitte nach Marke bzw. Modell aufschlüsseln)?
- e. Wie häufig werden die durch den Landkreis zur Verfügung gestellten Tabletts ausgetauscht?
- f. Welche Kosten entstehen durchschnittlich je Gerät für Service- und Wartungsleistungen? Wer erbringt diese Service- und Wartungsleistungen?

3. Themenbereich Haushaltsplan 2025

- a. Was verbirgt sich hinter dem in Anlage 9, Seite 3 des Haushaltsplan 2025 aufgeführten Kostenpunkt „Stadt Aalen (türkischer Sozialarbeiter Röttenberg)“, unter Angabe der detaillierten Tätigkeit und des Einsatzgebiets?
- b. Wie hoch liegt der Anteil an Empfängern mit Migrationshintergrund an den Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe im Ostalbkreis (bitte die 10 häufigsten Herkunftsländer aufschlüsseln)?
- c. Werden die Unterkünften der vorläufigen Unterbringung des Landkreises (Asylbewerberunterkünfte) durch kreiseigene Mitarbeiter oder durch externe Dienstleister gereinigt? Welche(s) Unternehmen wurde(n) innerhalb der letzten fünf Jahre mit dieser Tätigkeit beauftragt?
- d. Welche Kosten entstanden innerhalb der letzten fünf Jahre für die Reinigung von Unterkünften der vorläufigen Unterbringung des Landkreises (bitte nach Jahren und Kostenpunkt aufschlüsseln)?

26. November 2024

Rupp, Hegel und Fraktion AfD

Begründung

Die Finanzsituation des Landkreises könnte dramatischer nicht sein. Die Kosten nehmen zu und die Verschuldung steigt eklatant. Der Ostalbkreis plant für das Haushaltsjahr 2025 mit einem Defizit von ca. 18.000.000 Euro und einer möglichen Verschuldung zum 31.12.2025 von ca. 100.000.000 Euro.

Ausufernde Sozialgesetzgebung wie das Bundesteilhabegesetz, Jugendhilfegesetze, Inklusionsgesetze und die enormen Aufwendungen für Asylbewerber führen zu einer Kostenexplosion für die kommunale Ebene und das bei mehr oder minder stagnierenden Einnahmen. In der Folge entstehen riesige Haushaltslöcher, die kaum zu stopfen sind.

Mittels dieser Anfrage sollen insbesondere der Bereich der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX sowie weitere Kostenfaktoren und die Nutzung von Tablets an Schulen im Ostalbkreis näher beleuchtet werden.